



2/2020

grüne welle

DIE GRÜNEN IM NORDEN



Jetzt erst recht: Mut zum Wandel

LANDESV ERBAND SH

Seite 1 - 9, 20

LANDTAGSFRAKTION

Seite 10 - 15

BUNDESTAGSFRAKTION

Seite 16 - 19



Rebecca Bräutigam
Landesschatzmeisterin



Was ist uns Kultur wert?

Die letzten Wochen haben unseren Blick auf die Dinge verändert. Während der Kontaktbeschränkungen hat sich das Leben nach Hause verlagert; nicht die Begegnungen mit Freund*innen und Familie, sondern Bücher, Musik, Filme, Podcasts oder Games haben unseren Alltag bereichert und wir haben gemerkt: Kultur ist systemrelevant. Sie ist nicht bloß Unterhaltung und Zeitvertreib, vielmehr leistet sie einen elementaren Beitrag zur geistigen, psychischen und sozialen Gesundheit. Kultur ist kein Nice-to-have, sie stiftet Identität und ist dadurch ein wichtiger Eckpfeiler unserer Gesellschaft. Und doch leidet die Kunst- und Kulturbranche wie kaum eine andere unter der Corona-Krise: Durch das Herunterfahren des öffentlichen Lebens wurde sie quasi stillgelegt. Gleich zu Beginn der Krise wurden Büchereien, Theater und Clubs geschlossen und es werden diese kulturellen Institutionen sein, die als Letzte wieder öffnen können. Künstler*innen haben von heute auf morgen alle Aufträge verloren und sind seitdem nicht mehr in der Lage, ihren Beruf auszuüben.

Während sich Meetings oder parteipolitisches Engagement ins Digitale verlegen ließen, funktioniert dies mit kulturellen Veranstaltungen nur bedingt. Kultur braucht Begegnung und Austausch oder wie Helge Schneider in seinem Corona-Statement sagt: „Meine Kunst lebt davon, dass ich ein Publikum habe“.

Die finanziellen Soforthilfeprogramme gehen an der Lebensrealität der Kreativszene vorbei. Vor allem die Selbstständigen fallen durch das Raster – um ihre Lebenshaltungskosten zu decken, sind sie auf Grundsicherung (ALG II) angewiesen. Deshalb versucht sich die Kulturszene vielerorts selbst zu retten, indem sie auf Spenden setzt: #keinerkommt, das Nicht-Festival für die Kulturszene in Hamburg sammelte knapp 500 000 Euro ein; aus Solidari-

tät mit den Spielstätten und Künstler*innen fordern viele Menschen die Ticketpreise für ausgefallene Veranstaltungen nicht zurück; Clubs streamen Konzerte oder Lesungen, bieten Fördermitgliedschaften an und verkaufen Soli-Merch.

Aber ist das in Anbetracht dessen, was die Kulturwirtschaft für unsere Gesellschaft leistet, wirklich statthaft, angemessen oder gar würdevoll? Warum ist es in diesem Wirtschaftszweig gängige Praxis, mit Hilfe von Crowdfundingkampagnen, Förderanträgen oder Sponsor*innengesprächen um finanzielle Unterstützung zu bitten? Keine andere Branche ist während der Krise gezwungen, auf diese Art und Weise ihr Überleben zu sichern. Ist uns Kunst und Kultur denn wirklich so wenig wert, dass wir riskieren, einen Teil der kulturellen Infrastruktur an die Krise zu verlieren?

Was jetzt einmal zerstört ist, lässt sich nach der Krise nur schwer wiederaufbauen. Von welchem Geld denn auch? Die Haushalte werden auf allen föderalen Ebenen stark unter Druck stehen, die Finanzhilfen haben sie stark belastet. Die Schulden müssen getilgt werden und dafür wird an anderer Stelle gespart werden müssen. Darunter darf (nicht schon wieder) die Kultur leiden! Es braucht eine Werteverchiebung. Vielleicht wird es endlich Zeit, die Empfehlung der Enquete-Kommission aus dem Jahr 2005 umzusetzen und das Staatsziel Kultur mit dem zusätzlichen Artikel 20b „Der Staat schützt und fördert die Kultur“ in das Grundgesetz aufzunehmen. Das wäre dem gesellschaftlichen Wert der Kultur angemessen. Denn sie ist systemrelevant.

Du möchtest dich mit Rebecca austauschen?

Schicke ihr einfach eine Mail an:

rebecca.braeutigam@sh-gruene.de



Steffen Regis
Landesvorsitzender

Wir dürfen niemanden übersehen.

„Politik beginnt mit der Betrachtung der Wirklichkeit“, ein Satz der politischen Alltagslyrik und doch hat er etwas Wahres. Was wir betrachten und aus welchem Blickwinkel, das entscheidet über die politischen Konsequenzen. Die Corona-Krise wirkt dabei wie ein Brennglas, unter dem die Stärken und Schwächen unserer Gesellschaft deutlicher als sonst zu Tage treten.

Sophie ist 4 Jahre alt und hatte über Wochen niemanden zum Spielen. Lars ist 56 Jahre alt und bat mich oft nach dem Einkaufen um ein bisschen Geld. Sophie und Lars, Klara, Katharina und Amir sind Synonyme für Menschen, die ohne Obdach oder isoliert in Altenpflegeeinrichtungen leben, studieren oder forschen und dabei ein Schicksal teilen: Bestehende soziale Probleme verschärfen sich im Eiltempo. Armut, ungerechte Bildungschancen, digitale und kulturelle Ausgrenzung. Jetzt zeigen der „schlanke Staat“, eine lange Privatisierungswelle und das „der Markt regelt das“-Prinzip ihre Sollbruchstellen.

Wir sehen leere Läden, junge Öko-Gründer*innen in Existenzangst und einen boomenden Amazon-Versandhandel. Wenn wir zurecht die Wachstumsideologie kritisieren, dann sollten wir es zielgerichtet tun. Globale Steuerbanditen und Wachstum durch Ressourcenausbeutung haben uns in die ökosoziale Krise der Gegenwart gebracht. Da sind Degrowth-Ansätze sicher richtig. Die Forderung nach einem Ende des falschen Wachstums muss einhergehen mit dem Aufbau neuer wirtschaftlicher Existenzen, die gemeinwohlorientiert arbeiten. Globale Vernetzung mit regionalen

Wirtschaftskreisläufen. All das ergibt ein Wirtschaftssystem mit einer neuen Art des Wohlstands und kann Teil moderner grüner Wirtschaftspolitik sein.

Wir dürfen niemanden übersehen. Wir stehen vor der Aufgabe, für die ökonomischen und sozialen Auswirkungen politische Wege zu finden und gleichzeitig die Megakrise der Erderhitzung zu bekämpfen. Dabei hilft es uns, längst nicht mehr nur „Öko-Partei“ zu sein und uns nicht zur „Nur-Sozial-“ oder „Nur-Wirtschaftspartei“ verändert zu haben.

Wir betrachten gesellschaftliche Phänomene in ihren systemischen und weltweiten Zusammenhängen und das macht uns stark. Kaum ein Wort wurde in der Vergangenheit politisch so zum Greenwashing-Buzzword überstrapaziert wie „nachhaltig“, aber durch uns kann es jetzt echte Relevanz bekommen. Denn wenn wir in diesem Moment der fundamentalen Krise nachhaltig handeln, dann haben wir eine Chance, gestärkt aus der Krise zu kommen. Wir müssen die großen Räder der Politik so drehen, dass am Ende zukunftsfähige Wirtschaftsexistenzen profitieren, wir das Pariser 1,5°C-Klimaziel erreichen und auch die kleinen Rädchen mit den Namen Sophie und Lars, Klara, Katharina und Amir davon die Chance auf eine bessere, gerechtere Zukunft haben.

Du möchtest dich mit Steffen austauschen?

Schicke ihm einfach eine Mail an:

steffen.regis@sh-gruene.de



Gazi Freitag

Stellvertretender Landesvorsitzender



Das Unbedingte bedingungslos machen.

Eine Idee geht rum in Deutschland – die Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens (BGE). Ich finde, dass das BGE die richtige Idee für eine verunsicherte Gesellschaft sein könnte, die richtige Antwort auf einen entfesselten Kapitalismus, auf viele aktuelle Ängste und Sorgen, eine Idee, die den Menschen Hoffnung gibt.

Die Einführung eines Grundauskommens wäre ein Experiment mit ungewissem Ausgang, das wahrscheinlich bedeutsamste politische Experiment der letzten Jahre. Es gibt gute Gründe, den Mut zu haben, es zu starten. Der wichtigste liegt in dem simplen Gedanken, die Existenz jedes Menschen zu sichern. Es würde Menschen mehr reale Freiheit geben, über ihr Leben zu bestimmen. Also nicht nur das Recht, alles tun zu dürfen, sondern auch die Möglichkeit dazu. Das Grundeinkommen würde die Menschen empowern, Risiken einzugehen. Wer stets genug zum Leben hat, der kann experimentieren, sich weiterbilden, unternehmerisch tätig werden, sich ehrenamtlich engagieren und vor allem dort sein, wo er/sie am besten ist. Es so zu machen, wie Mensch es am besten kann und verantworten will.

Die Frage, ob mit einem ausreichenden Grundeinkommen, Menschen weiterarbeiten würden, kann durch keine belastbaren, empirischen Studien beantwortet werden. Klar ist aber, dass ein Grundeinkommen, das alle bekommen, auch erwirtschaftet werden muss. Klar ist auch, dass Menschen auch weiterhin arbeiten würden.

Ihre Verhandlungsposition wird aber verstärkt, weil niemand mehr schlecht bezahlte Jobs aus Existenzängsten annehmen muss.

Ein BGE ist eine verführerische Idee, für manche die einzige Antwort auf die Erosion des Sozialstaates, auf die Digitalisierung und auf den demografischen Wandel. Andere halten es für unfinanzierbare Träumerei von Hippies, für eine trügerische Verheißung vom „Schlaraffenland“. Doch selbst wenn mit einem BGE nicht sofort Milch und Honig fließen, bringt es zumindest Sicherheit und nimmt Existenzdruck – und das ist in der heutigen Zeit schon sehr viel.

Ich finde, dass wir den Menschen ein Grundeinkommen schenken sollten, als eine Art Vertrauensvorschuss der Gemeinschaft an das Individuum. Ein Grundeinkommen könnte der gemeinsame sichere Grund sein, auf dem Vielfalt gedeihen kann. In so ziemlich jedem Experiment zum Grundeinkommen berichteten die Menschen, dass sie durch die finanzielle Sicherheit weniger Stress hatten, glücklicher und entspannter waren und am Ende auch gesünder wurden.

Ich hätte nichts dagegen, wenn wir es wagten.

Du möchtest dich mit Gazi austauschen?

Schicke ihm einfach eine Mail an:

gazi.freitag@sh-gruene.de

Finn Petersen

GJ-Koordinator, Stellvertretender Landesvorsitzender



Aus der Krise hilft nur Europa.

„In der Krise zeigen sich unsere vernachlässigten Probleme, wie unter einem Brennglas.“ Diesen Satz haben wir in den letzten Wochen und Monaten zu Genüge gehört und dennoch verliert er nicht an Wahrheit – auch und gerade nicht im Bezug auf die Europäische Union. In den Momenten, in denen wir uns auf unsere gemeinsamen Werte hätten besinnen können und müssen, haben wir auf nationalstaatliche Reflexe zurückgegriffen: Schlagbäume runter, Exportverbote für medizinische Ausstattung, Misstrauen, wo wir Zusammenarbeit gebraucht hätten.

Wir müssen aufpassen, dass wir unser Europa und alle dazugehörigen Freiheiten und Chancen, nicht durch die Saat der Populist*innen, innerhalb und außerhalb unserer Gemeinschaft, verlieren. In Italien hat sich gezeigt, dass zum Beispiel China jederzeit in den Startlöchern steht, einen Keil in unsere Union zu treiben. Wer hinter die Fassade einer gelungenen, globalen Zusammenarbeit schaut, findet den Wunsch, eine geschwächte EU als Partner*in zu haben.

Unser Zusammenhalt ist unsere Stärke, nur müssen wir wieder lernen, diese zu nutzen. Die EU kann weltweite Standards durchsetzen – dies hat uns spätestens die Datenschutzgrundverordnung gezeigt. Diese Kraft müssen wir jetzt auch in anderen Bereichen einsetzen. Wir können den Klimaschutz weiter voran bringen, als die bloße Reduktion unserer CO₂-Werte. Wenn Europa zeigt,

dass sich mit einer ressourcenschonenden Wirtschaft Wohlstand nicht nur festigen, sondern auch noch für die gesamte Gesellschaft erreichen lässt, werden uns viele Länder folgen.

Auch unsere hausgemachten Probleme können wir nur mit mehr und nicht mit weniger Europa lösen. Eine von allen dem Binnenmarkt angehörigen Nationen abgesprochene Besteuerung von Unternehmen und Verhinderung von Steueroasen würde nicht nur zu mehr Vertrauen untereinander führen, es würde auch finanzielle Mittel in großen Mengen generieren.

Mittel, die wir brauchen werden, um unserer Union ein neues, für die Zukunft tragendes Ziel zu geben. Frieden und wirtschaftliche Zusammenarbeit sind für meine Generation selbstverständlich geworden. Auch wenn wir in der heutigen Zeit merken, dass die Selbstverständlichkeit nicht zwingend ein dauerhafter Wert sein muss. Dennoch wünschen sich viele, dass wir den Weg der europäischen Integration weiter und vor allem schneller gehen. Ob und ab wann wir unsere EU irgendwann einen gemeinsamen Staat nennen, ist dabei nicht so relevant, wie der Weg dahin. Aber eins ist sicher: Aus dieser, wie auch vielen anderen, Krise hilft nur Europa!

Du möchtest dich mit Finn austauschen?

Schicke ihm einfach eine Mail an:

finn.petersen@sh-gruene.de



Ann-Kathrin Tranziska
Landesvorsitzende



Der Feminismus hat einen Virus.

Die Corona-Krise zeigt uns an vielen Stellen, wo wir gesellschaftliche Probleme haben. Ganz besonders deutlich ist das meiner Meinung nach in den letzten Wochen im Bereich Kinder und Familien geworden. Mit den Folgen werden wir gesellschaftlich, wirtschaftlich und in unserem Miteinander noch lange zu tun haben.

Die Krise wirkt in vielen Bereichen wie eine Lupe auf das, was wir sonst vielleicht nicht so deutlich gesehen haben: Auf den Stand der Gleichberechtigung und den Feminismus gibt sie einen deutlichen Blick.

In vielen Familien sind die Weichen schon weit vor der Corona-Krise gestellt worden. Viele Mütter arbeiten in Teilzeit und übernehmen einen größeren Anteil an Care-Arbeit in der Familie und so sind in der Krise sehr viel mehr Frauen als Männer von der doppelt schweren Situation betroffen, das eigene Arbeiten und die zwischenzeitlich komplett private Betreuung der Kinder inklusive Homeschooling stemmen zu müssen.

Die finanziellen Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern manifestieren sich in der Corona-Krise noch weiter. Das Kurzarbeiter*innengeld wird, genau wie die Rente und das Elterngeld, auf Grundlage des Nettoeinkommens berechnet. Das Ehegattensplitting zementiert geradezu das traditionelle Familienmodell und lässt anderen Modellen keinen Raum. Gepaart mit

der fehlenden Regelbetreuung für Kinder in der Corona-Krise wird das noch einmal offensichtlicher. Noch schwerer tragen Alleinerziehende an solchen Ausnahmesituationen, die sie allein bewältigen müssen. Auch hier ist der Frauenanteil sehr viel höher als der der Männer. Für diese Zeit der erheblichen – auch finanziellen – Doppelbelastung wäre ein Corona-Elterngeld zumindest eine wertschätzende Unterstützung für das, was Mütter und auch Väter leisten.

Viele Eltern waren mit dem Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf schon vorher am Limit – oder auch darüber. Eine schrittweise Rückkehr zum Alltag darf nicht bedeuten, dass wir uns freuen, wenn wir den Status quo, also dem Stand vor dem Herunterfahren des gesellschaftlichen Lebens erreichen. Im Bereich Betreuung ist das bisherige System nach wie vor sehr starr und ermöglicht, wenn überhaupt, zu üblichen Bürozeiten in Vollzeit zu arbeiten. Viele der systemrelevanten Berufe lassen sich aber nicht zu solchen geregelten Zeiten ausüben. In den Notbetreuungen sind zum Teil flexible Betreuungszeiten möglich gewesen, wie wir sie uns auch außerhalb der Krise wünschen.

Du möchtest dich mit Ann-Kathrin austauschen?

Schicke ihr einfach eine Mail an:

anna.tranziska@sh-gruene.de



Laura Catharina Mews

Frauen und -genderpolitische Sprecherin,
stellvertretende Landesvorsitzende



Psychische Gesundheit ist eine Frage der Gesellschaft

Die Corona-Pandemie hat unser Leben gänzlich auf den Kopf gestellt. Existenzängste, fehlende Planungssicherheit und der Wegfall von physischen Kontakten belasten massiv. Immer mehr Menschen benötigen aufgrund einer psychischen Krise oder einer psychischen Störung Hilfe und Therapie.

Besonders jetzt ist mit einem erhöhten Bedarf zu rechnen. Aber schon vor der Krise waren wir weit von einer bedarfsgerechten Versorgung entfernt. Von der Psychotherapeut*innen-Ausbildung über die Bedarfsplanung hin zur Personalbemessung in Psychiatrien muss noch viel passieren.

Wir müssen uns die Frage stellen, in welcher Gesellschaft wir leben wollen und wie wir unser Zusammenleben gestalten wollen. Leistungsdruck im Berufs- und auch Privatleben tun uns nicht gut. Familie, Vollzeitarbeit und Hobbys zu verbinden, ist eine Mammutaufgabe. Ich bin der Meinung, wir brauchen kein „höher, schneller, weiter“ – wir brauchen eine echte Entschleunigung. Eine neue Regelvollzeit von 30 Stunden würde allen ermöglichen, die Balance zwischen Lohn- und privater Fürsorgearbeit zu halten. Ich möchte eine Gesellschaft, in der Zeit für das Wesentliche bleibt und das ist nicht die reine Lohnarbeit, denn: Familie, Privatleben und Ehrenamt

sind ein wesentlicher Bestandteil für unser Wohlergehen und unsere persönliche Entfaltung.

Nicht weniger wichtig ist die Entstigmatisierung von psychischen Erkrankungen. Viele trauen sich oftmals nicht, offen über ihr Leid zu sprechen und Hilfe in Anspruch zu nehmen. Um Tabus zu überwinden und Ausgrenzung zu verhindern, ist mehr Aufklärung über und Akzeptanz für psychische Erkrankungen nötig.

Auch eine Abkehr vom Zwei-Geschlechtersystem ist unerlässlich. Rollenzuschreibungen schaden uns allen und sind längst veraltet. Die Suizidrate von Männern ist nicht ohne Grund dreimal so hoch wie die von Frauen, denn Frauen lassen sich weitaus häufiger wegen Depressionen behandeln. Die repressiven Vorstellungen der männlichen Geschlechterrollen verbieten Verletzlichkeit und offene Kommunikation über Gefühle. Toxische Männlichkeit führt auf Dauer zu psychischen Problemen wie Depressionen und chronischem Stress. Ich wünsche mir eine Gesellschaft ohne Druck nach Perfektion und Patriarchat.

Du möchtest dich mit Laura austauschen?

Schicke ihr einfach eine Mail an:

laura.mews@sh-gruene.de



Rasmus Andresen: „Viele große Fragen unserer Zeit brauchen europäische Lösungen. Daran dürfen wir nicht aufhören zu arbeiten!“

Seit einem Jahr sitzt du nun für die GRÜNEN im Europaparlament: Wie würdest du diese Zeit zusammenfassen?

Kaum zu glauben, dass schon ein Jahr vergangen ist! Mit den Verhandlungen zum EU-Haushalt 2020 war ich als Haushaltspolitiker sehr schnell ins Brüsseler Geschehen involviert und wir haben es z.B. geschafft, den grünsten Haushalt der EU-Geschichte durchzusetzen. Das erste Jahr hat mir gezeigt, dass es sich absolut lohnt, für Europa zu kämpfen – für Klimagerechtigkeit, für Menschenrechte, für ein soziales Europa. Gleichzeitig merke ich, wie herausfordernd es ist, unsere Arbeit in Brüssel vor Ort in Schleswig-Holstein zu kommunizieren. Mir ist das sehr wichtig und ich probiere, mir neue Formate auszu-denken und ausreichend Zeit dafür im Kalender zu blocken.

In einigen europäischen Staaten gibt es aktuell Rückwärtsbewegungen in Bezug auf die Rechte von LGBTIQ* – was muss auf EU-Ebene passieren?

In letzter Zeit war ja vor allem die Situation in Polen und in Ungarn in der öffentlichen Debatte wahrnehmbar. Mehr als 100 polnische Gemeinden haben sich symbolisch zu „LGBT-freien Zonen“ erklärt. Als Europäisches Parlament haben wir diesen Schritt sehr deutlich kri-

tisiert. In Ungarn hat das Parlament vor kurzem die Rechte von Trans*- und Inter*-Menschen eingeschränkt. Eine Rückwärtsbewegung ist allerdings nicht nur in Osteuropa zu beobachten. Das aktuelle Länderranking von ILGA zeigt, dass auch in Ländern wie Frankreich, Belgien oder Finnland die Entwicklung in die falsche Richtung läuft. Vor allem in Bezug auf Osteuropa müssen wir, wie z.B. auch von polnischen Aktivist*innen gefordert, auf einen anhaltenden Dialog setzen. Es ist jetzt aber auch wichtig, weiterhin darauf zu drängen, dass Grundrechtsverletzungen in die geplanten jährlichen Überprüfungen der Rechtsstaatlichkeit aufgenommen werden und Konsequenzen folgen.

Für deine Arbeit in Brüssel wirst du von Mitarbeiter*innen unterstützt. Wodurch zeichnet sich dein Team aus?

Erstmal war es für mich natürlich neu, insgesamt fünf eigene Mitarbeiter*innen zu haben. Das ist ein deutlicher Unterschied zur Arbeit im Landtag. Neben fachlichen Qualifikationen war mir vor allem auch wichtig, dass wir uns alle zusammen als Team begreifen, der Austausch zwischen Brüssel und Schleswig-Holstein – trotz der Entfernung – gut funktioniert. Mit Matthias Ullrich und

Clemens Schmidt habe ich für Schleswig-Holstein zwei Menschen, die im Landesverband und der Kommunalpolitik stark verankert sind. Mein Team in Brüssel fuchst sich mit mir gemeinsam in die Facharbeit ein und denkt sich kreative Formate für unsere Außenkommunikation aus. Kurz gesprochen: Es macht Spaß mit allen zusammenzuarbeiten.

Was war in Bezug auf deine Arbeit im Europaparlament für dich besonders überraschend?

Wie groß politische Unterschiede zwischen unterschiedlichen Nationalitäten sind. Wir haben keine richtige europäische Öffentlichkeit, sondern diskutieren Themen sehr national. Dadurch sind auch wir Europaabgeordnete zu sehr in unseren nationalen Perspektiven unterwegs und denken zu wenig europäisch. Ich habe mir vorgenommen, das zu ändern und beispielsweise auch griechische oder skandinavische Stimmen in die Debatten in Deutschland zu holen.

Seit deinem Amtsantritt bist du Dauerpendler. Welche Arbeitszeit ist für dich produktiver: Die im Büro oder die im Zug?

Produktivität hängt ja zum Glück nicht unbedingt vom Ort ab. Während ich die

Zeit im Büro aber vor allem auch für Telefonate, Gespräche und Besprechungen nutze, bleibt in der Bahn einfach mehr Zeit, auch mal in Ruhe Dokumente durcharbeiten oder Mails zu beantworten. Beides ist wichtig. Statt der neun Stunden, die es mit der Bahn von Kiel nach Brüssel dauert, würden mir aber auch sechs reichen.

Vor einem Jahr hast du gesagt, dass du dich besonders auf die Zusammenarbeit mit deinen dänischen Kolleg*innen Margrete Auken und Kira Hansen sowie mit deiner SPD-Kollegin Delara Burkhardt freust – hattet ihr schon die Möglichkeit, gemeinsame politische Projekte zu planen?

Mit meiner Fraktionskollegin und Sitznachbarin Margrete Auken habe ich zum Beispiel viel zum Wildschweinzaun an der deutsch-dänischen Grenze gearbeitet. Gemeinsam haben wir eine Anfrage an die EU-Kommission gestellt. Mit Kira war ich Anfang des Jahres im Grenzland unterwegs und wir haben uns zu Minderheitenpolitik ausgetauscht oder an der kritischen dänischen Position zum EU-Haushalt gearbeitet. Viele Themen, die hier in Schleswig-Holstein und im Austausch mit Dänemark eine Rolle spielen, sind eben auch auf europäischer Ebene relevant. Mit Delara habe ich persönlich einen sehr engen Austausch. Wir sind auch dabei, gemeinsame Projekte zu planen; vielleicht gibt es dazu bald mehr.

Welche Aufgaben begeistern dich in deinem Brüsseler Alltag am meisten?

Aufgrund der Corona-Krise gibt es ja auch für uns Europaabgeordnete seit drei Monaten keinen richtigen Brüsseler Alltag. Am meisten vermisse ich

aktuell ganz klar die direkte politische Auseinandersetzung mit meinen Kolleg*innen, das Kämpfen um die besten Lösungen. Das ist auch viel Detailarbeit, die mir aber großen Spaß bringt. Es ist ein großes Privileg mit vielen spannenden Kolleg*innen aus allen EU-Staaten Politik machen zu dürfen. Nicht alle Sitzungen sind gleich spannend, aber unsere Arbeit ist so facettenreich, dass mir nie langweilig wird.

Der Green Deal ist eines deiner Herzensprojekte: Wie beurteilst du den Fortschritt und welche Baustellen sind für dich noch offen?

Vor zwei Jahren hätte ich ehrlich gesagt nicht damit gerechnet, dass wir in der Debatte und im Prozess nun so weit gekommen sind. Es ist also durchaus etwas passiert. Nun kommt es auf die genaue Ausgestaltung an. Vor allem muss der Green Deal ausreichend finanziert sein und da haben wir aus meiner Sicht eine sehr große Baustelle. Durch die Bekämpfung der Corona-Krise droht der Green Deal zudem in den Hintergrund zu geraten. Einige Lobbyist*innen würden ihn am liebsten streichen. Gleichzeitig bietet sich aber genau jetzt die Chance für einen klimagerechteren Neustart. Wir können nicht auf wirtschaftlichen Wiederaufbau setzen, ohne soziale Fragen und den Green Deal immer mitzudenken.

Was erwartest du dir von der deutschen Ratspräsidentschaft ab Juli 2020?

Die deutsche Ratspräsidentschaft fällt ja in genau diese unglaublich wichtige und spannende Zeit. Wir verhandeln nicht nur den mehrjährigen Finanzrahmen, sondern nun auch den Wiederaufbau der europäischen Wirtschaft nach

Corona. Es liegt nun also sehr stark an Angela Merkel, alle Mitgliedstaaten mit ins Boot zu holen und für europäische Solidarität einzustehen.

Inwieweit hat sich dein Blick auf Europa innerhalb des letzten Jahres verändert?

Mir ist an vielen Stellen noch deutlicher geworden, wie wichtig europäische Lösungen und europäische Zusammenarbeit sind. Die Corona-Krise zeigt, wie schnell wir plötzlich wieder in nationalstaatliche Denkmuster zurückfallen können, wie einfach es sein kann, die Grenzen in Europa zu schließen und auf eigene Lösungen zu setzen. Viele große Fragen unserer Zeit brauchen große, also europäische Lösungen. Daran dürfen wir nicht aufhören zu arbeiten.

Mit einem Jahr Erfahrung im politischen Alltag Brüssels: Was sind deine Ziele für die nächsten vier Jahre im Europaparlament?

Über die Klimakrise und notwendige Haushaltspakete haben wir ja bereits gesprochen. Mir ist vor allem wichtig, dass wir diese Themen sozial denken. In der beginnenden Wirtschaftskrise werden viele Millionen Europäer*innen arbeitslos. Gerade die Jugendarbeitslosigkeit wird massiv steigen. Auch bei der Gesundheitsversorgung haben wir erlebt, dass es falsch war, Staaten in der letzten Euro-Krise zu Sozialkürzungen und Privatisierungen zu drängen. Hier brauchen wir einen Kurswechsel.

Interview: Fenja Hardel

Fotos: Tamara Vagner, Clemens Schmidt



fördewind

Die Grüne Landtagsfraktion



Eka von Kalben
Fraktionsvorsitzende

Liebe Freund*innen,

seit ich das letzte Vorwort für die Grüne Welle geschrieben habe, ist ein Vierteljahr vergangen. Noch immer ist Corona das vorherrschende Thema in unser aller Leben, in den Nachrichten und in der Politik. Während wir Mitte März noch nicht abschätzen konnten, wie sich die Pandemie in Schleswig-Holstein entwickelt, können wir drei Monate später endlich etwas durchatmen und uns glücklich schätzen, dass wir hier – nicht zuletzt wegen der getroffenen Corona-Maßnahmen – verhältnismäßig glimpflich davon gekommen sind.

Die erste Infektionswelle haben wir gut gemeistert. Damit wir auch für eine potentielle zweite Welle gut gewappnet sind, hat unsere gesundheitspolitische Sprecherin Marret Bohn einen „10-Punkte-Plan“ erstellt, welchen ihr auf Seite 12 lesen könnt.

Gesundheit ist unser höchstes Gut und deshalb waren die Corona-Maßnahmen richtig – auch wenn uns die vielen Entscheidungen, die wir innerhalb kürzester Zeit treffen mussten, oft alles andere als leicht gefallen sind. Insbesondere die Entscheidung, Schulen und

Kitas so lange zu schließen bzw. nur eingeschränkt wieder zu öffnen – denn Bildungsgerechtigkeit ist für uns Grüne ein Herzensthema. Mehr Gedanken dazu findet ihr in meinem Beitrag auf Seite 11.

In den letzten Wochen hat es aber auch ein anderes Thema in die Berichterstattung geschafft: der brutale, rassistisch motivierte Tod von George Floyd durch Polizeigewalt, die aufflammende Protestbewegung in den USA und weltweit und die dadurch ausgelöste aktuelle Debatte um Rassismus auch in Deutschland. Wir Grüne zeigen auch weiterhin klare Kante gegen Rassismus, Hass und Hetze. Wir alle stehen an der Seite unserer Kollegin Aminata Touré, Sprecherin für Antirassismus, die gemeinsam mit ihren Mitarbeiterinnen unermüdlich für eines unserer wichtigsten grünen Herzensthemen streitet und dabei leider nicht nur Rückenwind erhält. Mehr zu diesem Thema lest ihr auf Seite 14.

Herzlichst, Eure

Eka von Kalben

Impressum

grüne welle: Bündnis 90/Die Grünen, Landesverband Schleswig-Holstein, Alter Markt 9 (Zugang Haßstr. 3-5), 24103 Kiel, Telefon 0431 59338-0, E-Mail: info@sh-gruene.de, www.sh-gruene-partei.de | Redaktion und Gestaltung: Fenja HardeL

fördewind: Grüne Landtagsfraktion Schleswig-Holstein, Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel, Telefon 0431 988-1500, E-Mail: fraktion@gruene.ltsh.de, www.sh-gruene-fraktion.de, facebook.com/gruenesh | Redaktion: Ole Liepolt (V.i.S.d.P.) | Gestaltung: Bettina Aust.

berlin-report: Luise Amtsberg, Dr. Konstantin von Notz, Ingrid Nestle, Platz der Republik 1, 10111 Berlin | Redaktion und Gestaltung: Katharina Bartsch.

Juli 2020

ZUKÜNFTIGEN GENERATIONEN GUTE STARTCHANCEN GEBEN

Zu Beginn des Lockdown sah es zunächst so aus, als bekämen Eltern und Kinder unverhofft viel Familienzeit: Ausschlafen, Karten spielen, gemeinsam essen. Doch dies entwickelte sich schnell zu einer echten Herausforderung für viele Familien. Denn schon bald hatten Eltern und Kinder nicht frei, sondern mussten gemeinsam arbeiten und lernen. Homeoffice und Kinderbetreuung wurden selbstverständlich als vereinbar angesehen. Eine sehr falsche Annahme.

Kinder litten unter Einsamkeit, unter Bewegungsmangel und nicht alle hatten die gleichen Bildungschancen. Eltern, und zu einem sehr hohen Anteil Frauen, litten unter extremer Doppelbelastung.

Während es für die Übergangs- und Abschluss-Jahrgänge an den Schulen früh ein Datum gab, ab dem der Schulbetrieb unter Einschränkungen wieder beginnen sollte, gab es für die Lütten lange nur Ungewissheit. Mit der Übernahme der Betreuungskosten wurden zwar die Eltern finanziell entlastet, doch Kitas und Spielplätze blieben weiterhin geschlossen. Mit dem Fahrplan zur Öffnung der Kindertagesstätten hat die Landesregierung Mitte Mai aufgezeigt, wie die Kinderbetreuung schrittweise zurück in den Regelbetrieb gehen wird. Mit großen Herausforderungen für die Erzieher*innen.

Dass die Öffnung der Grundschulen und die Wiederaufnahme des eingeschränkten Regelbetriebes in den Kindertagesstätten schneller kamen, als zunächst geplant, lag daran, dass die Zahl der Neuinfektionen bei uns im Land auf so ein niedriges Niveau gesunken ist und sich trotz der schrittweisen Wiedereröffnung der Schulen und Kindertagesstätten in den letzten Wochen nicht verändert hat. Dieses Hin und Her hat so manchen Menschen im Bildungssystem verrückt gemacht. Aber der Umgang mit Corona ist auch für die Politik neu und nicht einfach.

Wir halten das Vorgehen der Regierung nicht nur für vertretbar, sondern für erforderlich, damit insbesondere die Jüngsten nicht länger unter den Einschränkungen zu leiden haben. Als Regierungsfraktion stehen wir in dieser Zeit stets vor der Herausforderung,



Die zukünftige Generation hat eine ganze Menge zu schultern. Deshalb müssen wir ihr heute die besten Startchancen geben.

dass wir zwischen denen, denen die Aufhebung der Maßnahmen nicht schnell genug geht und denen, die Angst z. B. um die Gesundheit ihrer Angehörigen haben, vermitteln müssen.

Zwar zeigen erste Studien, dass die Schließung der Schulen sehr effektiv war, um die Ausbreitung des Coronavirus zu reduzieren, gleichzeitig brauchen wir aber eine Strategie für den Fall, dass es irgendwann zu einer zweiten Welle kommt. Denn klar ist, dass wir Familien nicht noch einmal die Doppelbelastung aus Homeoffice und Kinderbetreuung zumuten können. Wir haben deshalb mit unserem Landtagsantrag „Unterstützung der Familien in der Corona-Krise“ u. a. die Landesregierung gebeten, eine Strategie zu entwickeln, wie Schulen und Kindertagesstätten möglichst wenig geschlossen werden müssen.

Weder für Eltern und Kinder noch für Erzieher*innen, Lehrer*innen und die Kita-Träger ist das aktuell eine einfache Zeit und auch in den nächsten Wochen und Monaten wird noch nicht alles wie gewohnt ablaufen. Deshalb fordern wir u. a. eine Erhöhung der Kinderkrankentage auf Bundesebene.

Die zukünftige Generation hat eine ganze Menge zu schultern. Deshalb müssen wir ihr heute die besten Startchancen geben: mit und ohne Corona.

Eka von Kalben, kitapolitische Sprecherin



Marret Bohn
Gesundheitspolitische
Sprecherin

LEBEN MIT CORONA

Die Corona-Pandemie ist noch nicht vorbei. Wir haben in den letzten Wochen große Schritte in Richtung Normalität gemacht – bisher ohne wesentliche Rückschläge. Die aktuelle Entwicklung der Infektionszahlen ist ein Hoffnungsschimmer. Wir können durchatmen. Aber niemand kann uns garantieren, dass das so bleibt.

Unsere Anstrengungen müssen wir daher fortsetzen – der Marathonlauf gegen Corona geht weiter. Trotz der Lockerungen sollten wir uns immer wieder klar machen: Die Corona-Pandemie und vor allem die Gefahr einer zweiten Welle, die uns vermutlich härter treffen würde als die erste, sind noch nicht überstanden. Unser Ziel ist, dass wir die nächsten Wochen nutzen, um uns auf die zweite Welle gut vorzubereiten und diese so flach wie möglich zu halten. Vom Erscheinungsbild müssen wir von zahlreichen kleineren „Brandherden“ im Sinne regionaler Ausbrüche ausgehen. Verhindert werden muss, dass das Infektionsgeschehen sich dynamisch ausbreitet und zu einem Flächenbrand führt.

Um die erwartete zweite Welle möglichst gut zu überstehen, habe ich für die Fraktion Vorschläge erarbeitet und sie in einem „10-Punkte-Plan“ zusammen gefasst.

1. Schutzkleidung

Produktion von persönlicher Schutzkleidung (PSA) in Schleswig-Holstein: Mit einer Produktion von Schutzmasken und Schutzkleidung durch Unternehmen in Schleswig-Holstein machen wir uns unabhängig von globalen Lieferketten, die in Pandemiezeiten unterbrochen sind.

2. Medikamente

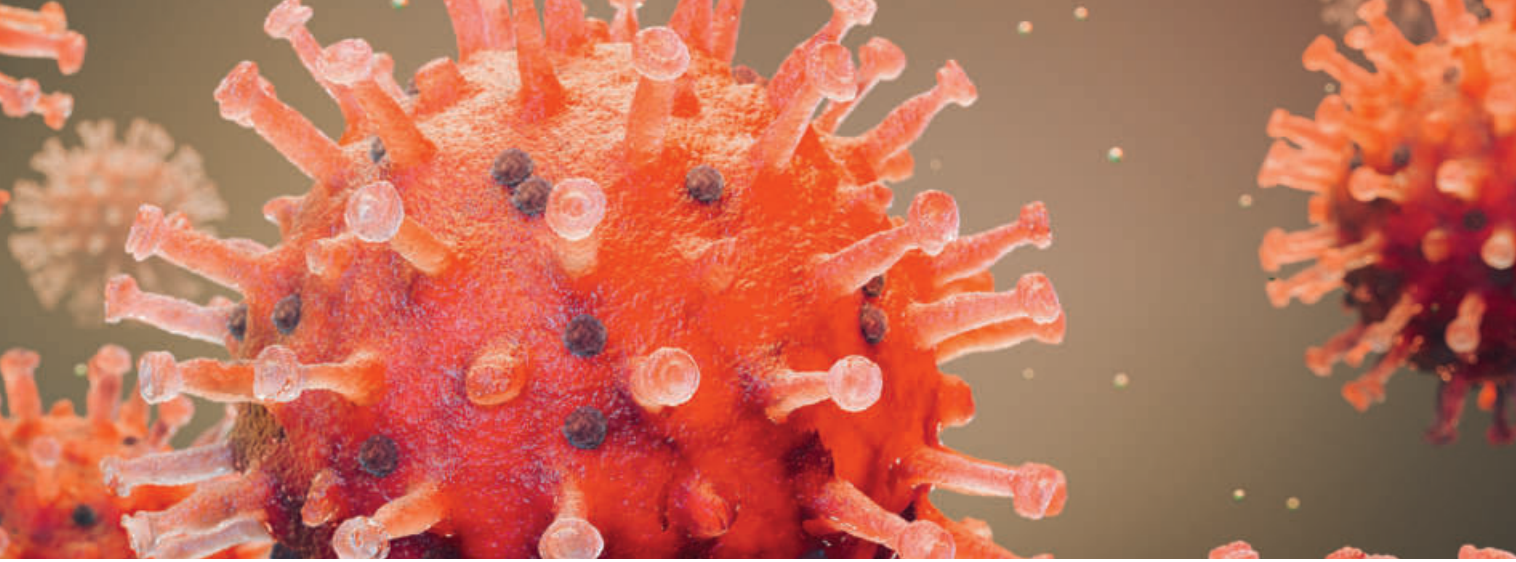
Landesweite Produktion von Medikamenten mit Lieferengpässen: Unser Ziel ist, dass für Medikamente, bei denen ein Lieferengpass besteht, eine landesweite Produktion aufgebaut wird.

3. Schutzausrüstung

Landesweite Notfall-Reserve für Schutzausrüstung aufbauen: Das Land hat im Rahmen seiner übergeordneten Pandemie-Zuständigkeit eine Reserve für persönliche Schutzausrüstung für Pflegekräfte und Ärzt*innen aufgebaut. Damit in der zweiten Welle die Behandlung kontinuierlich fortgesetzt werden kann, sollten auch andere medizinische Berufe im Notfall entsprechende Schutzausrüstung im Land erwerben können.

4. Rückverfolgung

„Contact Tracing“ - Rückverfolgung von Kontaktketten und Aufstockung der Gesundheitsämter: Das „Contact Tracing“ gehört zur Strategie gegen die Bekämpfung



der regionalen Ausbrüche und erfolgt über die örtlichen Gesundheitsämter. Die Personalkapazitäten der Gesundheitsämter müssen in den nächsten Wochen mit Hochdruck aufgestockt werden, um das auf der MPK vereinbarte Ziel von Teams mit jeweils 5 Personen pro 20.000 Einwohner*innen zu erreichen.

5. Tests

Tests, Tests, Tests – besonders für medizinisches und pflegerisches Personal: Medizinisches und pflegerisches Personal in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen sollte landesweit getestet werden. Die Finanzierung sollte über die Krankenkassen erfolgen. Auch in anderen Berufen sollten die Tests ausgeweitet werden.

6. Kinder

Kinder und Corona – Forschungsverbünde aufbauen: Über Forschungsverbünde wollen wir die Entwicklung des Infektionsgeschehens besonders in Bezug auf Kinder fortlaufend analysieren lassen.

7. Infektionssprechstunden

„Infektionssprechstunden“: Wir wollen Ärzt*innen anregen, Sprechzeiten für Corona-Patient*innen zu reservieren, damit Risikopatient*innen besser geschützt werden.

8. Clusterausbrüche

Sogenannte „Clusterausbrüche“ eindämmen: Für Aus-

brüche mit besonders hoher Übertragungsaktivität wie z.B. Infektionsausbrüche in Schlachthöfen und Altenpflegeeinrichtungen wollen wir die landesweiten Aufsichts- und Kontrollmöglichkeiten verbessern.

9. Warnsystem

Ampel als Warnsystem: Risikofaktoren, die auf eine kritische Zunahme des Infektionsgeschehens hindeuten, werden in einem Ampelsystem zusammengefasst. Wir wollen eine frühzeitigere Warnung erreichen.

10. Gesundheitssystem

Überlastung des Gesundheitssystems vermeiden und freiwillige Impfungen gegen Influenza und Pneumokokken aufstocken.

Diese und weitere Vorschläge werden wir in die Beratungen auf Landesebene einbringen. Neben der Vorbereitung der zweiten Welle beschäftigen wir uns intensiv mit den Auswirkungen der Einschränkungen. Social distancing führt bei vielen Menschen zu Einsamkeit und seelischen Problemen. Das muss mehr als bisher berücksichtigt werden.

Eins ist jetzt schon klar - das Coronavirus wird uns noch längere Zeit beschäftigen.

Wenn ihr Fragen oder Anmerkungen zur Situation bei euch vor Ort habt, meldet euch gern bei mir (marret.bohn@gruene.ltsh.de).

Herzliche Grüße, bleibt gesund.

Eure **Marret Bohn**, gesundheitspolitische Sprecherin



Es fehlt nicht an Schwarzen Menschen, die sprechen, sondern an Zuhörer*innen der Mehrheitsgesellschaft

In ungekürzter Fassung zuerst erschienen auf bento.de.

„Schwester, wie gehts dir?“, fragt der Schwarze Koch im Restaurant als ich meine Rechnung bei seinem Kollegen bezahlen möchte. Es ist an dem Tag, an dem die ganze Welt über den Tod von George Floyd spricht. Er nennt mich aber nicht deshalb „Schwester“, sondern weil wir das oft tun, uns „Bruder“ und „Schwester“ nennen. Genau wie wir uns oft auf der Straße zunicke oder zulächeln, ohne uns vorher je gesehen zu haben. Weiße Menschen, die mich begleiten, fragen dann gern: „Kannst du den?“ Oft sage ich: „Nein.“

Warum wir das tun? Weil wir eine Geschichte teilen. Die Geschichte Schwarzer Menschen weltweit, die unser Leben bis ins Heute prägt.

Die Ermordung von George Floyd, die Polizeigewalt gegenüber Schwarzen Menschen und der anhaltende Rassismus in den USA sorgen auch für Debatten hier in Deutschland.

Eine oft gestellte Frage ist: „Kann man das überhaupt vergleichen?“ Manchmal wird auch einfach von Weißen postuliert: „Der Kampf Schwarzer Menschen hier ist doch nicht einmal ansatzweise vergleichbar mit dem derer in den USA!“

Die Gewalt ist die Spitze des Eisberges

Es geht bei den Protesten in den USA aber nicht nur um die Polizeigewalt. Die Gewalt ist die Spitze des Eisberges. Es geht um Rassismus in allen Bereichen des Lebens.

Was sich schon vergleichen lässt ist, dass Rassismus gegen Schwarze dort so wie auch hier stattfindet. Man muss sich schon klar machen, wie vermessen eine Aussage wie „Seid doch froh, hier zu sein. In den USA werden Schwarze erschossen, hier nicht!“, ist.

Dieser Satz besagt nichts anderes als, dass wir dankbar sein können, nicht erschossen zu werden. Wir geben uns aber nicht damit zufrieden, nicht erschossen zu werden. Wir verlangen den gleichen Respekt und die gleiche Behandlung, die weiße Menschen erfahren.

Rassismus erfahren Schwarze Menschen und People of Color tagtäglich. Auch in Deutschland. Sie berichten davon, sie schreiben Bücher dazu, sie machen Musik dazu, sie positionieren sich zivilgesellschaftlich sowie politisch. Es fehlt nicht an Stimmen, es fehlt am Zuhören. Aktives Zuhören, bei dem man nicht als ersten Impuls versucht, seine eigene Position zu vergleichen und davon zu sprechen, dass man als weiße Person ja schon mal „Rassismus“ im Urlaub erlebt hat, obwohl man nur von Vorurteilen sprechen kann. Rassismus - diese Erfahrung geht über eine Urlaubserfahrung hinaus.

Auch in Deutschland haben wir keine ausreichende Auseinandersetzung mit dem Thema. Es wird so getan, als ginge Rassismus uns nichts an, frei nach dem Motto „Schlimmer sind die anderen“. Es gehört nicht zum Allgemeinwissen, dass auch Deutschland sich an kolonialen Verbrechen massiv beteiligt hat und Rassismen gegenüber Schwarzen Menschen genau aus dieser Zeit stammen und bis heute wirken. Kaum jemand hinterfragt, was es bedeutet, dass rassistische Wissenschaft den Grundstein für die Versklavung Schwarzer Menschen gelegt hat. Wir haben eine Menge aufzuarbeiten.

„Es fehlt nicht an Stimmen, es fehlt am Zuhören. Aktives Zuhören, bei dem man nicht als ersten Impuls versucht, seine eigene Position zu vergleichen und davon zu sprechen, dass man als weiße Person ja schon mal „Rassismus“ im Urlaub erlebt hat, obwohl man nur von Vorurteilen sprechen kann.“

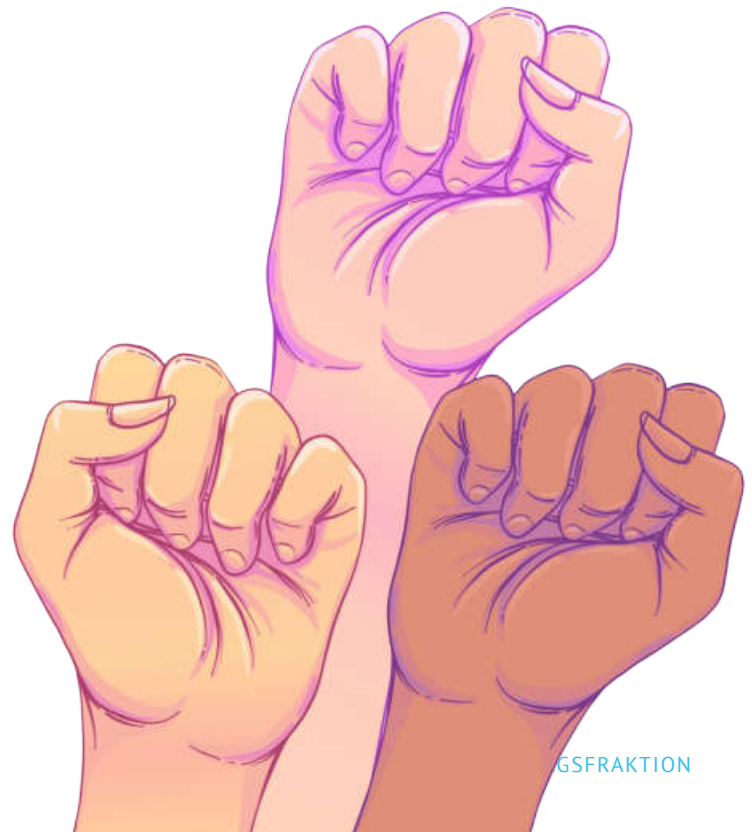
Weil Rassismus strukturell ist, muss es auch um die Strukturen gehen

Es ist auch in Deutschland notwendig, dass wir uns mit Rassismus auseinandersetzen. Vor allem politisch. Eben weil es nicht immer nur um die Spitze des Eisberges gehen darf, um das, was leicht zu sehen ist.

Deshalb habe ich mich in Schleswig-Holstein für einen Aktionsplan gegen Rassismus eingesetzt und auch einen Antrag „Gegen Rassismus, Rechtsextremismus und Terror“ haben wir im Landtag beschlossen. Von Polizei, über Justiz, Schule, öffentliche Verwaltung bis hin zur Zivilgesellschaft sind alle gefordert. Denn was bisher geschehen ist, reicht offensichtlich nicht - weder hier noch in den USA.

2018 habe ich an der Black Caucus Conference in Washington teilgenommen. Wir haben uns dort über den Rassismus ausgetauscht, den wir weltweit erleben. Das ist es, was uns zu Schwestern und Brüdern macht. Die Erfahrungen, die wir teilen und der gemeinsame Kampf, diese Lebensrealität für uns zu verändern.

Aminata Touré, antirassismuspolitische Sprecherin





berlinreport

Nationale Wasserstoffstrategie: Entscheidende Fragen nicht beantwortet

Wer eine lebenswerte Zukunft für alle will, muss bereits heute in den Klimaschutz investieren. Dazu gehört grüner Wasserstoff, also Wasserstoff aus erneuerbaren Energien. Und das geht nur mit deutlich mehr Einsatz für den Ausbau von Wind- und Sonnenstrom. Denn die Produktion von Wasserstoff verschlingt sehr viel Strom. Zurecht beschreibt die Bundesregierung die vielen Vorteile von Wasserstoff und möchte ihn am liebsten in allen Sektoren einsetzen, um damit ihre klimapolitischen Versäumnisse wieder auszubügeln. Für all das aber werden die von der Regierung angestrebten 100 TWh Wasserstoff bis 2030 niemals reichen – und selbst hierfür lässt die Regierung bei über 80% offen, wo das energieintensive Gas eigentlich herkommen soll. Jedenfalls nicht aus erneuerbarem Strom in Deutschland, denn dessen Zubau geht derzeit viel zu langsam. Beim aktuellen Tempo wird noch nicht einmal der Kohleausstieg abgesichert, geschweige denn der Einstieg in grünen Wasserstoff ermöglicht. Immer öfter erleben wir, dass Politiker glauben, mit dem lauten Ruf nach Wasserstoff hätten sie ihren Beitrag zum Klimaschutz schon geleistet. Aber Wasserstoff aus fossilem Strom oder Gas ist klimapolitisch nicht nur nutzlos, sondern sogar schädlich. Wer gegen Windstrom agitiert, kann nicht glaubwürdig für eine zukunftsfähige Wasserstoffstrategie sein.

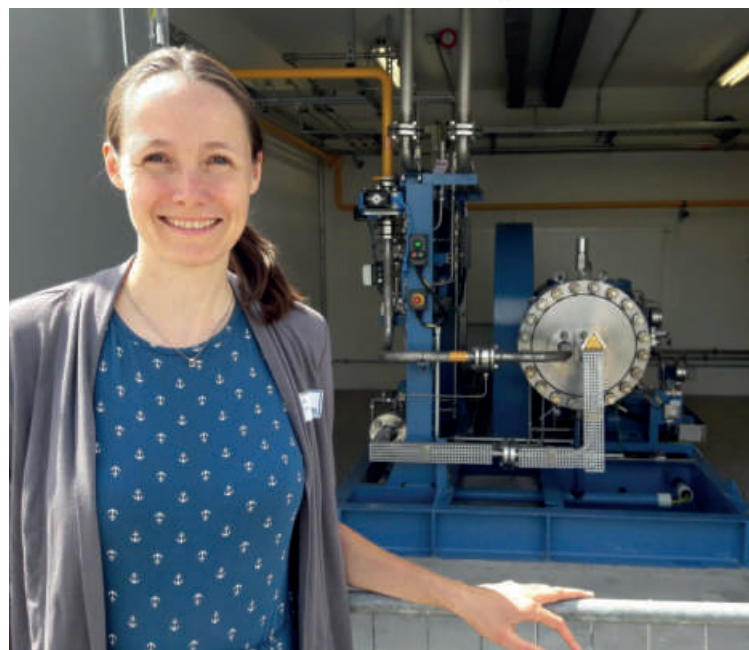
Wasserstoff wird kostbar bleiben. Die Herausforderung ist nicht der Verbrauch von Wasserstoff, hier sind die technischen Lösungen weit entwickelt. Die Herausforderung ist die erneuerbare Herstellung. Deshalb brauchen wir Steuerung der Politik, damit Wasserstoff vor allem dort eingesetzt wird, wo es kaum andere Lösungen für Klimaschutz gibt. Dazu gehören bestimmte Prozesse der Industrie, der

Schwerlastverkehr oder auch seltene Situationen in der Stromversorgung. Nach monatelangen Diskussionen einigten sich die Ministerien in diesem Punkt mutlos darauf, keine Entscheidung zu treffen. Dabei ist es fahrlässig, die begrenzten Mengen an grünem Wasserstoff der Zahlungsbereitschaft von SUV-Fahrern zu überlassen. Da kann die im internationalen Wettbewerb stehende Industrie, die zwingend Wasserstoff für ihre Klimaschutzstrategie benötigt, nicht mithalten.

Auch fehlen in der Strategie Ideen, damit Wasserstoff tatsächlich dann und dort produziert wird, wo erneuerbarer Strom vorhanden ist. Auf meine Nachfrage hin erklärte die Regierung, das müsse noch geklärt werden. Nachdem sie über ein Jahr an der Strategie gearbeitet und die Veröffentlichung immer wieder verschoben hat, bleibt auch diese zentrale Frage also weiter unbeantwortet.

Wasserstoff wird nicht zu Erfolgsgeschichte, indem man das Blaue vom Himmel herunter verspricht und dann die große Enttäuschung folgen muss. Wasserstoff wird zur Erfolgsgeschichte, indem man die Erneuerbaren zügig ausbaut und die Stärken von Wasserstoff zur Geltung bringt: nämlich seine Flexibilität und Speicherbarkeit. Genau das tut die Grüne Wasserstoffstrategie. Die nächsten Generationen verdienen, dass wir wirkliche Lösungen gegen die Klimakrise finden, nicht nur modische Schlagworte in den Raum stellen.

Ingrid





Luise Amtsberg

„Systemversagen“

Aufnahme von Geflüchteten

Ein solcher Neustart ist auch deshalb dringend notwendig, um nicht jedes Mal wieder um die Aufnahme von Menschen zu verhandeln. Seit ich die Kanzlerin im Dezember letzten Jahres zu einer Aufnahme besonders Schutzbedürftiger aus den EU-Hotspots befragt habe, brauchte es zwei Bundestagsanträge von uns und drei weitere Monate, bis die Bundesregierung endlich die Aufnahme von 350 unbegleiteten Kindern beschloss. Ein Tropfen auf den heißen Stein. Und wieder verstrich ein weiterer Monat, bis die ersten 47 Kinder in Deutschland ankommen konnte. Dann passierte lange nichts - im Innenausschuss wurde das Thema wieder und wieder vertagt, auf eine schriftliche Frage von mir gab es nur die Antwort, dass ein neuer Termin für eine weitere Aufnahme noch nicht feststehen würde. Nun heißt es, dass die nächsten Kinder Ende Juni kommen können. Dieses Ringen um die Übernahme von Schutzverantwortung ist zynisch. Zahlreiche Kommunen und Bundesländer haben immer wieder ihre Aufnahmebereitschaft deutlich gemacht. Seehofer muss diese Angebote endlich ernst nehmen.

Gerade in Zeiten einer globalen Pandemie sollten Solidarität und Humanität die Maxime des politischen Handelns sein. Wir lassen deshalb bei dem Thema nicht locker. Seid weiterhin laut und macht - falls noch nicht geschehen - eure Kommune zum Sicheren Hafen. Lasst uns gemeinsam weiter dafür kämpfen, Menschen den Schutz zu geben, der ihnen zusteht.

Luise



Während die Zahl der Asylanträge in Deutschland stark zurückgegangen ist, zählt der UNHCR weltweit zum ersten Mal knapp 80 Millionen Geflüchtete. Einige der wenigen, die nicht in einem Nachbarland Schutz finden, kommen an die EU-Außengrenzen und müssen in den Lagern dort ausharren. Durch die weltweite Verbreitung des COVID-19 hat sich die ohnehin prekäre Situation von Geflüchteten weiter verschlechtert. Die Corona-Pandemie offenbart einmal mehr das Versagen der Bundesregierung und der EU in der Flüchtlingspolitik.

EU-Hotspots

Die Situation in den EU-Hotspots auf den griechischen Inseln ist katastrophal. Während in Deutschland strenge Kontaktbeschränkungen und Abstandsregeln herrschen, kommen im Camp Moria auf eine Toilette 167 Menschen, auf eine Dusche 242 Menschen. Es fehlt an sanitären Einrichtungen und Wasser - nicht nur zum Waschen, sondern auch zum Trinken. Dies geschieht in Europa. In Verantwortung der Europäischen Union. Damit solche Lager an den EU-Außengrenzen nicht mehr existieren, muss das europäische Asylsystem reformiert werden. Deshalb habe ich in einem Bundestagsantrag einen Neustart in der europäischen Flüchtlingspolitik mit einem verbindlichen, fairen und menschenrechtsbasierten Verteilmechanismus gefordert.

WATERSHED sorgt in Moria für Wasser und sanitäre Einrichtungen. Auf meiner Homepage findet ihr Links zu NGOs, die in den Hotspots versuchen, das Versagen der EU zu kompensieren und die Lebensumstände der Menschen zu verbessern. Ihr könnt sie mit einer Spende unterstützen.

Konstantin v. Notz

„Wir leben in rechtsstaatlich herausfordernden Zeiten“

Ob fehlende Schutzausrüstung und Intensivbetten, der desaströse Zustand unserer Schulen bezüglich der Ausstattung mit sicheren digitalen Endgeräten oder unzureichende Home-Office-Regelungen - Die Corona-Krise zeigt politische Versäumnisse wie unter dem Brennglas. Hirauf ergeben sich auch Chancen.

Gleichzeitig werden derzeit die Stärken und Schwächen unserer politischen Systeme sichtbar. Wir erleben, wie teils seit Jahrzehnten bestehende gesellschaftliche Konflikte wieder aufbrechen. Wo autokratische Staaten auf Armee, Polizei und Überwachung setzen, geht die Demokratie den Weg der Überzeugung, Einsicht und gesellschaftlicher Solidarität. Das ist ihre Stärke.

Schnelles politisches Handeln war häufig zweifellos geboten. Ob die im Schweinsgalopp beschlossenen Infektionsschutzregelungen auch verfassungskonform waren und sind, ist mit zunehmender Dauer der Pandemielage kritisch zu bewerten. Sämtliche Maßnahmen müssen stets vor dem Hintergrund aktueller wissenschaftlicher Erkenntnisse beurteilt und auf ihre Rechtsstaatlichkeit und Verhältnismäßigkeit hin überprüft werden. Einschränkungen dürfen nicht länger als zwingend notwendig aufrechterhalten werden. Hirauf haben Gerichte mehrfach hingewiesen.

Wenn Krisen die Stunde der Exekutive sind, müssen parlamentarische und rechtsstaatliche Kontrollmechanismen umso entschiedener greifen. Die Herausforderung besteht jetzt darin, mühsam Erreichtes nicht durch vorschnelle politische

Korrekturen oder gar einen populistischen Wettlauf einzelner Ministerpräsidenten zu gefährden. Das wäre angesichts der Tatsache, dass niemand weiß, ob und in welcher Intensität es eine zweite Corona-Welle geben wird, brandgefährlich.

Dennoch müssen wir notwendige politische Korrekturen vornehmen, um Bürgerrechte und Demokratie zu schützen und die Zivilgesellschaft weiter zu stärken. Denn die innenpolitische Lage ist durchaus fragil. Wie wichtig gesellschaftliche Solidarität, der Kampf gegen Rassismus und teils extrem krude, häufig antisemitische Verschwörungsideologien sind, zeigt nicht nur ein Blick in die USA.

Die Corona-Krise darf uns nicht andere Bedrohungen der Freiheit, der inneren Sicherheit und des sozialen Zusammenhalts vergessen lassen. Rassistischer, antisemitischer und völkischer Propaganda müssen wir gerade jetzt mit aller rechtsstaatlicher Entschlossenheit ebenso begegnen wie Falschnachrichten und Verschwörungsideologien.

Und wir dürfen andere politische Aufgaben, die keinen Aufschub dulden - beispielsweise die Wahlrechtsreform und echte Antworten auf den Klimawandel - auch in Corona-Zeiten nicht aus den Augen verlieren.

Euer Konstantin



Ein guter Plan für Morgen.

Unsere Gesellschaft wurde durch die Coronakrise ad hoc vor riesige Herausforderungen gestellt. Noch sind wir dabei, diese Krise zu bewältigen, aber jetzt müssen wir entscheiden, auf welchem Weg wir aus der Krise gehen wollen: Zukunftsgewandt oder zurück in die alten Probleme.

Mut zum Wandel – unter diesem Motto haben wir Grüne ein umfangreiches Papier mit Forderungen für die Zeit nach der Corona-Pandemie erarbeitet. Mit Grünen Wegen aus der Krise wollen wir die politische Diskussion nach vorne gewandt

führen. In Zusammenarbeit mit unseren Landesarbeitsgemeinschaften ist in kürzester Zeit ein Text entstanden, der zukunftsfähige politische Antworten für die Bewältigung der Coronakrise und der Klimakrise enthält und dabei den solidarischen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft stärkt.

Das vollständige Papier findest du online unter:

sh-gruene.de/mut-zum-wandel

- 1. Familien in den Fokus nehmen.**
- 2. Wirtschaft und Finanzen gehen nur klimaschonend und nachhaltig.**
- 3. Niemanden zurücklassen.**
- 4. Ein solidarisches Gesundheitssystem ausbauen.**
- 5. Gute Bildungschancen - jederzeit.**
- 6. Listen to science!**
- 7. Digitale Teilhabe sichern.**
- 8. Arbeitnehmer*innen schützen und Innovative Arbeitsformen ermöglichen.**
- 9. Absicherung für Solo-Selbstständige und Schleswig-Holstein zum Start-Up-Land machen.**
- 10. Mobilitätswende einleiten und Lebensqualität in Stadt und auf dem Land erhöhen.**
- 11. Ruhe für die Natur.**
- 12. Energiewende als Jobmotor, zukunftsfähiges Konjunkturprogramm und Werkzeug gegen die Klimakrise.**
- 13. Nachhaltig finanziert aus der Krise.**
- 14. Krisenmanagement evaluieren, selbstkritisch sein und aus Fehlern lernen.**

